

Einstellungen von Polizeibeamten zu gesellschafts- und kriminalpolitischen Problemen
- Ergebnisse einer Befragung (Manuskript 1991)

1. Untersuchungen zu Einstellungen von Polizeibeamten

Zwei größere Untersuchungen zu Einstellungen von Polizeibeamten wurden in den letzten Jahren im Bundesgebiet durchgeführt: Die Studie von Helfer und Siebel, die 1975 als Manuskript veröffentlicht wurde (*Helfer und Siebel 1975*; vgl. dazu kritisch *Gintzel und Möllers 1987*) sowie die Befragung, die 1978 von Kerner (*Kerner 1980*) und 1981 in ergänzter bzw. abgewandelter Form vom Verfasser selbst durchgeführt wurde. Über die Ergebnisse dieser Studie, in der 431 Polizeibeamte (Schutz- und Kriminalpolizei) einer norddeutschen Großstadt befragt wurden, soll hier berichtet werden.

Alle bisher vorliegenden Untersuchungen konnten im Einklang mit ausländischen Studien feststellen, daß die Polizeibeamten sich tendenziell von der Bevölkerung verkannt und nicht ausreichend respektiert fühlen. Während die Bürger selbst die Polizei überwiegend positiv einschätzen, vermuten die Polizeibeamten eher ein negatives Image ihrer Berufsgruppe in der Bevölkerung. Deutlich wird dies auch an dem von Helfer und Siebel erfragten Berufsprestige der Polizei. Während die befragten Polizisten Beamte der Kriminalpolizei an 5. Stelle und Schutzpolizeibeamte an 10. Stelle der Prestigeskala von 30 Berufen sehen, wird im vermuteten Ansehen bei der Bevölkerung der Schutzpolizist auf Rang 23 plaziert.

Ursache für diese Divergenz zwischen eigener Einschätzung der Berufsgruppe und der vermuteten Meinung der Bevölkerung könnte einerseits die Ambivalenz sein, die in der Rolle der Polizei als Kontrolleinrichtung des Staates auf der einen Seite und vom Bürger als vielseitige Hilfs- und Dienstleistungseinrichtung wahrgenommene Institution auf der anderen Seite besteht. Darüberhinaus ist das Berufsbild des Polizeibeamten ganz wesentlich von dem Aspekt des "Helfens" geprägt, wobei dies im polizeilichen Alltag aufgrund von administrativen und gesetzlichen Einschränkungen nur sehr bedingt verwirklicht werden kann (*Willems 1988*).

Hinter dieser Ambivalenz wird man ein latentes und jederzeit ausbruchsreiches Konfliktpotential annehmen können, das sich besonders in alltäglichen Bürgerkontakten aber auch in politisch brisanten Situationen (z.B. bei Demonstrationen) aktualisieren kann und das möglicherweise auch Grund für "zunehmende Hinweise und Zeichen ist, daß Mißstimmung, Unzufriedenheit und

Unlust aus vielen Gründen (bei der Polizei, T.F.) um sich greifen" (Stork 1990, 59). Auf weitere Anzeichen und mögliche Gründe und Ursachen für diese Unzufriedenheit soll im folgenden eingegangen werden.

2. Berufswahl und Berufszufriedenheit

Die Berufszufriedenheit ist ebenso wie das Selbstverständnis der Polizei von entscheidender Bedeutung nicht nur für die praktische Tätigkeit der Polizei (vor allem im Rahmen der präventiven Straftatenbekämpfung; vgl. Kube 1990, 319), sondern für die generelle Bewertung polizeilichen Handelns, den Entwurf einer (überfälligen) Polizeitheorie und Überlegungen zur Polizeikultur (Kube 1990). Darüber hinaus beeinflußt die Berufszufriedenheit entscheidend Motivationsgrad und Produktivität. Ihr wird daher im privatwirtschaftlichen Bereich inzwischen umfassende Beachtung zuteil, während für den Bereich der öffentlichen Dienste (und damit auch der Polizei) Überlegungen, die in diese Richtung gehen, noch relativ neu sind (Feldes und Hermann 1987; Kube 1990).

Die angesprochene Diskrepanz zwischen dem (individuell-persönlichen) polizeilichen Anspruch und der polizeilichen Alltagsrealität könnte ein Grund dafür sein, daß Polizeibeamte zunehmend unzufriedener mit sich und ihrem Beruf werden. So zeigen (lebens-)ältere Beamte in unserer Studie generell eine positivere Einschätzung der eigenen Arbeit (Alterungseffekt); je länger aber die Dauer der beruflichen Tätigkeit bei der Polizei ist, desto negativer wird die Berufs- und Ausbildungssituation eingeschätzt, wenn man diesen Alterungseffekt berücksichtigt und damit auf den "Berufspraxis-Effekt" abstellt (Feldes und Hermann 1987). Insgesamt glauben nur 37,1% der von uns Befragten, daß ihre Kollegen mit dem Beruf zufrieden sind (s. **Tabelle 2**). Geht man davon aus, daß die Einschätzung der Zufriedenheit der Kollegen zumindest indirekt auch die eigene Berufszufriedenheit widerspiegelt, dann bedeutet dieses Ergebnis nicht nur, daß die Polizeibeamten im Durchschnitt mit ihrer Arbeit unzufriedener sind als die Gesamtbevölkerung (hier liegt sogar der Anteil der "voll und ganz" Zufriedenen bei 47%; Reuband 1985); vielmehr kann daraus auch auf ein insgesamt eher schlechtes Arbeitsklima innerhalb der Polizei geschlossen werden.

Drei Viertel der befragten Polizeibeamten sind allerdings der Auffassung, daß Polizeibeamte ihren Beruf bewußt wählen bzw. gewählt haben. Geht man davon aus, daß mit der bewußten Berufswahl eher positive Vorstellungen von der Berufszufriedenheit vorhanden waren, dann bedeutet dies, daß sich bei fast der Hälfte der Polizeibeamten das positive Berufsbild im Verlauf der Ausbildung und beruflichen Tätigkeit in eine eher negative Einschätzung gewandelt hat.

Da nur knapp die Hälfte der befragten Polizeibeamten findet, daß sie oder ihre Kollegen gut für ihren Beruf ausgebildet sind, muß man davon ausgehen, daß bereits während der Ausbildung zumindest ein Teil der positiven Einstellungen zum Beruf verloren geht (s. **Tabelle 2**).

In den Bereichen "Engagement" und "bürokratischer Arbeitsstil" fühlen sich die Polizeibeamten wie in den meisten anderen Bereichen auch unterbewertet. Während 41,6% der Auffassung sind, daß sie und ihre Kollegen sich mehr im Beruf engagieren als dies gefordert wird, glauben nur die Hälfte dieser Antwortenden (insgesamt 22,2%), daß auch andere diese Auffassung haben. In die umgekehrte Richtung geht die Tendenz bei der Frage nach dem bürokratischen Arbeitsstil. Hier ist jeder zweite Polizeibeamte der Auffassung, daß er selbst oder seine Kollegen einen solchen Arbeitsstil haben, mehr als drei Viertel glauben aber, daß ihnen ein solcher Arbeitsstil unterstellt wird. Wenn aber jeder zweite Polizeibeamte die eigene Tätigkeit selbst als bürokratisch geprägt sieht, dann liegt es nahe, auch hierin eine Ursache für die doch beträchtliche und auch an anderer Stelle berichtete (*Willems 1988, S. 53 ff.*) Unzufriedenheit mit dem Beruf zu sehen.

3. Einstellungen zur Wichtigkeit der Verfolgung bestimmter Straftaten

Als eine der vorrangigen Aufgaben der Polizei wird die Bekämpfung der Kriminalität angesehen. Man kann daher davon ausgehen, daß die Schwereinschätzung von Delikten auch eine Aussage darüber zuläßt, welche Problembereiche in der polizeilichen Praxis als besonders wichtig oder brisant angesehen werden. In der Schwereinschätzung wird auch die Bedeutung, die bestimmten Rechtsgütern gegeben wird, deutlich. Eine unterschiedliche Gewichtung in diesen Bereichen läßt Rückschlüsse darauf zu, welche Zielvorstellungen und Interessen die Polizeibeamten mit ihrer Arbeit verwirklichen wollen.

Die Befragten sollten eine Rangfolge innerhalb von 11 vorgegebenen Delikten bilden, die in etwa das Spektrum der strafbaren Tatbestände umfassen. Die Gewichtung sollte nach dem Kriterium erfolgen, welches der Delikte Polizei und Gericht in erster Linie verfolgen sollten, wenn man davon ausgeht, daß beide Institutionen überlastet sind. Dabei zeigen sich kaum Unterschiede zur Bevölkerung. Mit ganz wenigen Ausnahmen ist man sich über die Schwere-Rangfolge einig. Ein Ergebnis, das sich auch bei entsprechenden anderen Studien gezeigt hat (vgl. *Kerner 1980, S.324 ff.*).

Die Rangfolge wurde dadurch ermittelt, daß jeweils der Mittelwert aus den diesen Delikten zugewiesenen Rangplätzen ermittelt wurde. Vor allem auf den ersten 5 Rangplätze zeigt sich dabei zwischen den Polizeibeamten und der Bevölkerung kein

großer Unterschied. Terrorismus und Vergewaltigung rangieren jeweils unterschiedlich auf Platz 1 oder 2. Dabei hat der Zeitpunkt der Befragung bei der Bewertung des Terrorismus sicherlich eine wichtige Rolle gespielt. Freiheitsberaubung, Umweltverschmutzung und Einbruchdiebstahl werden ebenfalls von beiden Gruppen fast ähnlich bewertet, wobei eine gewisse Vorrangstellung der Umweltschutzdelikte bei den Polizeibeamten auffällt.

Deutlichere Differenzen treten zutage bei dem Delikt der Körperverletzung, das die Polizeibeamten erst auf Rang 6 plazieren, wohingehend es für die Bevölkerung immerhin das dritt wichtigste Delikt ist. Hier spielt sicherlich die Alltagserfahrung der Polizeibeamten eine gewisse Rolle, die zu einer eher nüchteren Beurteilung dessen, was sich hinter diesem Begriff verbirgt, führt. Die Tatsache, daß die Steuerhinterziehung von den Polizeibeamten als wichtiger eingeschätzt wird als von der Bevölkerung (dort liegt sie weit abgeschlagen auf dem letzten Platz) könnte mit unterschiedlichen Interpretationen dieses Begriffes zusammenhängen. Während die befragte Bevölkerung darunter eher auch ihre eigenen kleinen Steuerdelikte verstehen konnte, dürften die Polizeibeamten hinter dem Begriff der "Steuerhinterziehung" eher an Delikte größeren Ausmaßes gedacht haben.

Eine fast identische Einordnung auf den Plätzen 8 bis 10 zeigt sich bei der Verkehrsgefährdung, bei Mietwucher und bei der Bestechung. Unterschiede wiederum ergeben sich bei der Sachbeschädigung, die von den Polizeibeamten als weniger wichtig eingeschätzt wird als von der Bevölkerung.

Generell zeigt sich, daß es keine große Abweichung in der Prioritätenbewertung zur Verfolgung von Delikten durch Polizeibeamte und die Bevölkerung gibt und die Polizei als Institution sich bei der Gewichtung von Rechtsgütern nicht von der "Durchschnittsbevölkerung" unterscheidet. Die vorhandenen Unterschiede bei der Körperverletzung und bei der Sachbeschädigung deuten weniger auf unterschiedliche Rechtsgutbewertungen hin, als auf unterschiedliche Interpretationen.

4. Einstellungen zu kriminalpolitischen Fragen

Die Polizeibeamten schätzen die Bevölkerung in Bezug auf kriminalpolitische Auffassungen (z.B. zur Diversion) oder einem vorhandenen Bild von Straftätern wesentlich rigider und konservativer ein als diese tatsächlich ist.

Den Polizeibeamten wurden verschiedene Statements zur Einschätzung von Straftätern, von kriminalpolitischen Maßnahmen und von verschiedenen Delikten vorgelegt. Hier fanden sich deutlichere Unterschiede zwischen den Polizeibeamten und der Bevölkerung, als dies in den eher allgemein gehaltenen und gesellschaftspolitisch orientierten Fragen, auf die später eingegangen wird, der Fall war. Vor allem weicht

hier sehr stark die von den Polizeibeamten vermutete Bevölkerungsmeinung von der tatsächlichen Bevölkerungsmeinung ab.

So wurde den Befragten u.a. das Statement "Verbrecher sind Menschen wie du und ich" vorgelegt, und sie sollten angeben, ob sie selbst dieses Statement für richtig oder falsch halten und wie sie meinen, was die Mehrheit der Bevölkerung von dieser Aussage hält. Während 54,2% der Polizeibeamten das Statement für völlig oder im wesentlichen richtig erachten, glauben weniger als 30%, daß die Mehrheit der Bevölkerung dieser Auffassung ist. Tatsächlich zeigte eine allerdings schon 1976 durchgeführte Befragung, daß etwa ein Drittel der Bevölkerung diese Meinung hat. Hier liegen die Polizeibeamten mit ihrer vermuteten Einschätzung der Bevölkerungsmeinung relativ richtig, grenzen sich selbst aber gegenüber der Bevölkerungsmeinung ab. Dies gilt noch mehr für die Polizeischüler, die zu 61,7% der Auffassung sind, daß diese Feststellung richtig ist. Bewertet man die Einschätzung der Polizeibeamten vor dem Hintergrund kriminologischer Erkenntnisse als eher realistisch, dann zeigt sich auch bei der Einschätzung verschiedener Delikte ein eher zurückhaltendes Verständnis bei den Polizeibeamten. So halten immerhin 16,5% der Befragten den Ladendiebstahl für "ganz verständlich" oder "weiter nicht schlimm" (bei den Polizeischülern sogar 18,6%) während dies nur 9% der Bevölkerung tun. Hier wie anderswo liegen im übrigen Welten zu der Auffassung der kurz danach befragten Sozialarbeiter (*Feltes* 1986), die zu 70,8% dieses Delikt für nicht besonders schlimm halten.

Auf die Frage, wie es zu bewerten sei, wenn eine Gruppe von Jugendlichen, die "viele Probleme haben und nichts Rechtes mit sich anzufangen wissen" auf der Straße mit jemandem in Streit gerät und ihn in eine Schlägerei verwickelt, antworteten 10,4% der befragten Polizeibeamten mit "ganz verständlich" oder "weiter nicht schlimm", und bei der Einstellung der Polizeibeamten zur sog. Diversion, d.h. zur Einstellung von Ermittlungsverfahren gegen jugendliche Straftäter in Verbindung mit sozialpädagogischen Hilfen zeigt sich wieder eine deutliche Diskrepanz zwischen der Meinung der Polizeibeamten und der vermuteten Meinung der Bevölkerung. Während fast die Hälfte der Polizeibeamten diese Diversionsprojekte unterstützt, glauben nur 17,4%, daß auch die Bevölkerung dieser Meinung ist. Dieser deutliche Unterschied wird allerdings etwas geringer, wenn man sich die Prozentzahlen derjenigen ansieht, die dagegen votieren (32,5% gegenüber 41,6%). Wenn hier die Bevölkerung von den Polizeibeamten eher repressiv eingeschätzt wird, so dürfte dies weniger mit allgemeinen gesellschaftspolitischen Einstellungen zusammenhängen als mit der Alltagserfahrung der Polizeibeamten, daß strafrechtliche Reaktionen in vielen Fällen der jugendlichen Alltagskriminalität unangemessen und wenig sinnvoll sind.

Schließlich wurden die Polizeibeamten auch noch danach befragt, was sie von der Feststellung, die Polizei sei "Freund und Helfer" des Bürgers, halten. Mehr als drei Viertel der Befragten halten diese Feststellung für völlig oder im wesentlichen richtig, und auch fast die gleiche Anzahl ist der Auffassung, daß die Bevölkerung diese Meinung teilt. Sieht man sich hier die Ergebnisse der Befragung der Polizeischüler an, so werden zwei Dinge deutlich: Zum einen sind noch wesentlich mehr der Befragten der Auffassung, daß diese Feststellung zutrifft (88,3%), womit wieder das deutliche Ziel des "Helfenwollens" in den Vordergrund rückt. Dabei sind aber nur gut die Hälfte der befragten Polizeibeamten der Auffassung, daß die Bevölkerung diese Meinung teilt. Damit sind die Polizeischüler eher skeptisch gegenüber der Auffassung der Bevölkerung von der Rolle der Polizei und von der Bedeutung der polizeilichen Alltagsarbeit. Nicht zu entscheiden ist, ob es sich bei diesen Unterschieden um ein Generations- bzw. Altersproblem handelt, d.h. ob die Polizeischüler allein aufgrund ihres jüngeren Lebensalters eine andere Einstellung zu dieser Frage haben, oder ob bei den älteren Polizeibeamten die Tatsache des Bürgerkontaktes, den sie im Gegensatz zu den Polizeischülern schon intensiv gehabt haben, dazu geführt hat, daß sie die Bevölkerung realistischer einschätzen.

Im weiteren Verlauf der Befragung wurden die Polizeibeamten auch danach gefragt, wo sie möglicherweise vorhandenes Geld zur Kriminalitätsbekämpfung am ehesten einsetzen würden. Rund 74% votierten dafür, dies im Bereich von Schule und Ausbildungssystem zu tun, etwa 60% sind dafür, dies bei der Polizei zu tun, und 45% plädieren für die sozialen Dienste. Die Wissenschaft (als Ursachenforschung, 38%), der Strafvollzug (29%) und schließlich die Gerichte (11%) folgen. Mit diesem Ergebnis wird auf der einen Seite das starke Vertrauen in die repressive Potenz und die präventiven Möglichkeiten der Polizei deutlich, obwohl das Votieren für die Polizei als auszubauende Institution natürlich auch berufspolitische Gründe gehabt haben kann. Immerhin sind deutlich mehr Polizeibeamte der Auffassung, daß ein Ausbau des Schul- und Ausbildungssystems der Kriminalitätsbekämpfung eher dienen würde als eine Verstärkung der Polizei. Die generelle Skepsis gegenüber den eigentlichen Strafverfolgungs- und Sanktionierungsinstitutionen wie Strafvollzug und Gericht wird dadurch deutlich, daß sie am Ende der Rangfolge liegen. So trauen immerhin noch mehr Befragte der Wissenschaft eine Lösung der Kriminalitätsprobleme zu als dem Strafvollzug.

Auf die Frage nach der Bewertung des Kontaktes verschiedener Institutionen der Strafrechtspflege untereinander stellen die Polizeibeamten dem Strafverfolgungssystem insgesamt ein eher schlechtes Zeugnis aus. Fast die Hälfte der Befragten bezeichnet den

Kontakt der Institutionen untereinander als mangelhaft, und nur 7,5% sehen ihn als gut oder sehr gut an. Die Zusammenarbeit zwischen Polizei, Staatsanwaltschaft, Gerichten, Bewährungshelfern und sozialen Diensten wird damit als deutlich verbesserungswürdig angesehen. Auf die konkrete Frage, wo diese Verbesserung stattfinden müßte, wird an erster Stelle die Zusammenarbeit zwischen Polizei und sozialen Diensten genannt. Hier sind drei Viertel der befragten Polizeibeamten der Auffassung, daß die Zusammenarbeit verbessert werden müßte. Für jeden zweiten Befragten gibt es Verbesserungsmöglichkeiten in der Zusammenarbeit zwischen Polizei und Staatsanwaltschaft bzw. zwischen Polizei und Gericht. Während immerhin noch durchweg ein Viertel der Befragten auch die Zusammenarbeit der anderen Institutionen untereinander verbessert haben möchte, sind nur 7% der Auffassung, daß die Zusammenarbeit zwischen Staatsanwaltschaft und Gericht verbesserungswürdig ist. Darin deutlich zum Ausdruck, daß für die Polizeibeamten Staatsanwaltschaft und Gericht bereits jetzt relativ gut zusammenarbeiten und zumindest aus der Sicht der Polizeibeamten, die ihre Ermittlungsergebnisse an die Staatsanwaltschaft abgeben und von dieser meist keine Rückmeldung darüber bekommen, was mit dem weiteren Verfahren geschieht, hier eine deutliche Teilung zwischen Polizei auf der einen und Staatsanwaltschaft und Gericht auf der anderen Seite angenommen wird. Die Polizeibeamten fühlen sich, so könnte man dieses Ergebnis interpretieren, vom weiteren Strafverfahren ausgegrenzt.

5. Das Motiv Hilfe

Deutliche Unterschiede ergaben sich, wie bereits angedeutet, in Bereichen, in denen Polizeibeamte danach befragt wurden, wie andere Personen sie einschätzen. Hier zeigte sich eine starke Ambivalenz zwischen den eigenen Einstellungen und dem vermuteten Bild der Bevölkerung von den Polizeibeamten und deren Einstellungen.

So kann das ganz vorrangige Motiv der Polizeibeamten zur Wahl und Ausübung des Berufes in Übereinstimmung mit ausländischen Studien mit dem Stichwort "Helfenwollen" umschrieben werden. Über 80% der befragten Beamten geben dies an, wobei nur etwa 40% auch der Auffassung sind, daß andere (in diesem Fall Sozialarbeiter) den Polizeibeamten dieses Motiv zur Berufsausübung zubilligen. Der "missionarische Charakter" der Polizeiarbeit (*Reiner* 1985, S. 88f.) wird offensichtlich - trotz der immer häufigeren Klagen über zunehmende Bürokratisierung und Anonymisierung im Polizeidienst - als besonders wichtig angesehen, wobei gleichzeitig das vermutete Fremdbild weniger in die Richtung "Hilfe" als in die Richtung "Kontrolle" geht.

Das übergroße Engagement und das Interesse, anderen Menschen zu helfen, wird auch

daran deutlich, daß über 20% der befragten Polizeibeamten angeben, auch einmal eine Vorschrift zu übertreten, wenn sie damit anderen Menschen helfen können.

6. Einstellung zu polizeilichen Aufgaben

Kritik an der Führung, an der Technokratisierung, an der fortschreitenden Zentralisierung und Entpersönlichung und nicht zuletzt an der zunehmenden Bereitschaft von Politikern, die Polizei zur Bewältigung sozialer Probleme einzusetzen, wird immer wieder laut (so auch *Willems* 1988, S.71ff.). Entsprechend konnte in der Befragung eine breite Zustimmung zur Feststellung verzeichnet werden, daß sich die Polizei bei ihren Einsätzen öfter mit Problemen beschäftigen muß, deren Bewältigung eigentlich Aufgabe der Sozial- und Gesellschaftspolitik ist. Mehr als 85% der befragten Polizeibeamten hielten diese Feststellung für völlig oder im wesentlichen richtig, wobei nur 64% glaubten, daß auch die Mehrheit der Bevölkerung dieser Auffassung ist (s. **Tabelle 1**). Diese Differenz löst sich allerdings weitestgehend auf, wenn man berücksichtigt, daß fast jeder vierte Polizeibeamte unentschieden bei der Bewertung der Bevölkerung war. So sind nur ungefähr 10% der Polizeibeamten der Auffassung, daß die Mehrheit der Bevölkerung diese Feststellung für völlig oder im wesentlichen für falsch hält. Sie selbst teilen diese Auffassung nur zu 6%. Obwohl dieses Ergebnis der 1981 durchgeführten Befragung sicherlich vor dem Hintergrund der häufigen Polizeieinsätze bei Demonstrationen Ende der 70er, Anfang der 80er Jahre zu sehen ist, hat die Klage über zu geringe Unterstützung der polizeilichen Arbeit durch Gesellschaft und Politik(er) nicht nachgelassen. Das insgesamt eher geringe Interesse der hier angesprochenen Gruppen an polizeilicher Alltagsarbeit dürfte diese Einschätzung auch bestätigen. Thematisiert und diskutiert wird polizeiliches Handeln entweder dann, wenn etwas in einem konkreten Fall "schief" gelaufen ist (wie z.B. im Zusammenhang mit dem Gladbecker Geiseldrama), oder wenn es um die Bekämpfung der Kriminalität mit besonderen Mitteln geht (V-Mann-Einsatz, Todesschuß). Polizeiliches Alltagshandeln außerhalb der Kriminalitätsbekämpfung existiert offensichtlich in den Köpfen vieler Politiker und auch vieler Bürger nicht.

Die Tatsache, daß sich jeder dritte Polizeibeamte selbst als "kritisch gegenüber der Polizei eingestellt" bezeichnet und 60% meinen, Polizeibeamte seien auch kritisch gegenüber der Gesellschaft eingestellt (s. **Tabelle 2**), läßt das Bild vom Polizeibeamten als bewußtem Bewahrer und Unterstützer der Mächtigen ins Wanken geraten und steht möglicherweise im Gegensatz zu ausländischen Studien, die eher einen polizeilichen Konservatismus feststellten (z.B. *Reiner* 1985, S.97f.).

Eine politisch eher konservative Ausrichtung der Polizeibeamten wird aber deutlich,

wenn man nach der parteipolitischen Präferenz fragt. Polizeibeamte ordnen sich selbst und ihre Kollegen eher der CDU als der SPD zu. Nur 12,3% sind der Auffassung, daß Polizeibeamte eher SPD als CDU wählen, und ziemlich der gleiche Prozentsatz (13,2%) glaubt, daß auch andere dies von Polizeibeamten annehmen.

Bei der Frage zu dem Bereich des "kritischen Potentials" innerhalb der Polizei finden sich allerdings die deutlichsten signifikanten Unterschiede zwischen Selbsteinschätzung und vermutetem Fremdbild (s. **Tabelle 2**). Hier ist jeweils nur etwa die Hälfte der befragten Polizeibeamten, die sich und ihren Kollegen kritisch gegenüber der Gesellschaft oder kritisch gegenüber der Polizei eingestellt sieht, der Auffassung, daß auch andere dieses Bild von ihnen haben. Dabei liegen diese Polizeibeamten, wie die Gegenüberstellung von vermutetem Fremdbild und tatsächlichem Fremdbild zeigt, mit ihren Einschätzungen zumindest für den Bereich der Sozialarbeiter (und danach war auch gefragt worden) immer noch eindeutig zu hoch. Weniger als 10% der befragten Sozialarbeiter sind der Auffassung, daß Polizeibeamte in diesen beiden Bereichen tatsächlich kritisch eingestellt sind, während deutlich mehr (nämlich 31,6 bzw. 17,2%) der Polizeibeamten glauben, daß Sozialarbeiter dieses Bild von ihnen haben.

Möglicherweise lassen sich diese Unterschiede darauf zurückführen, daß der Begriff "kritisch" unterschiedlich interpretiert wurde. Für die Polizeibeamten könnte als "kritisch" gerade vor dem Hintergrund der umstrittenen Demonstrationseinsätze zum damaligen Zeitpunkt auch eine solche Einstellung gelten, die darauf hinausläuft, daß die Polizei zu wenig eingriffsintensiv handelt und zu "lasch" geführt wird, oder daß Polizeibeamte deshalb kritisch gegenüber der Gesellschaft eingestellt sind, weil sie diese als insgesamt zu progressiv betrachten. Ob man die vermutete Distanz zur SPD als Indiz für eine Interpretation in diese Richtung heranziehen kann, erscheint allerdings fraglich. Vielmehr scheint es so zu sein, daß die Polizeibeamten ein bestimmtes kritisches Bewußtsein gegenüber ihrer eigenen Einrichtung und gegenüber der Gesellschaft und gesellschaftlichen Problemen entwickeln, das sich nicht (partei-)politisch zuordnen läßt und das auch von den Parteien und Politikern bislang entweder nicht gesehen oder aber falsch interpretiert worden ist.

In einer offenen Frage nach persönlichen Problemen gaben 37% der befragten Polizeibeamten Ärger im Beruf bzw. die Forderung nach besseren Arbeitsplätzen an. Bei den von Kerner befragten Polizeischülern lag dieser Prozentsatz sogar bei 95%. Verglichen mit den Bevölkerungsumfragen, wo nur jeweils 3 bzw. 4% diese Probleme benannten, zeigt sich eine überaus deutliche Diskrepanz, die erklärungsbedürftig ist. Während bei den Polizeischülern die Tatsache der Kasernierung im Rahmen ihrer

Grundausbildung eine Rolle spielt, kann die Unzufriedenheit der in der Praxis stehenden Polizeibeamten, die auch an anderer Stelle zum Ausdruck gekommen war, nicht auf solche Faktoren zurückgeführt werden. Hier wird deutlich, daß auch der private Bereich ganz stark von der beruflichen Alltagstätigkeit geprägt wird. Die Probleme und der Ärger, dem die Polizeibeamten in ihrer Berufsausübung ausgesetzt sind, schlägt in den privaten Bereich durch. Dies ist umso bemerkenswerter, als in allen anderen Problembereichen, die von den Befragten genannt wurden, so gut wie keine Abweichungen zwischen der Bevölkerung und der Gruppe der Polizeibeamten zu verzeichnen ist. Praktisch alle persönlichen Schwierigkeiten, angefangen von wirtschaftlichen Problemen über Wohnungsprobleme, Gesundheit, Kindererziehung usw. sind für Polizeibeamte und "Durchschnittsbürger" gleich wichtig. Lediglich bei den Themen Arbeitsplatzsicherung und Altersversorgung ergibt sich eine deutlich niedrigere Nennung dieser Bereiche als persönliche Probleme bei den Polizeibeamten, was auf den Status als (abgesicherter) Beamter zurückzuführen ist.

In einer Frage nach der Angst vor Ereignissen, die passieren könnten, zeigt sich bei den Polizeibeamten insgesamt ein relativ höherer Angstpegel als bei der Bevölkerung. 21,4% der Polizeibeamten haben ständig oder häufig Angst, durch politische Gewalttätigkeit beeinträchtigt zu werden, 20,7% haben Angst, einen Unfall in Ausübung ihres Dienstes zu erleiden und 17,3% haben Angst davor, in unangenehme Konflikte mit Bürgern zu geraten. Hier liegen die Prozentzahlen für die Bevölkerung wesentlich niedriger (bei 8 bzw. 4%). Für die Bevölkerung spielen eher private Dinge eine wichtige Rolle, so z.B. die Angst davor, schwer krank zu werden (22% haben diese Angst ständig oder häufig), die Angst, einen Angehörigen zu verlieren und einsam zu werden (23%) oder einen privaten Verkehrsunfall zu erleben (17%). Diese Ängste sind wiederum bei den Polizeibeamten deutlich unterrepräsentiert, was sicherlich auch damit zusammenhängt, daß die durch den Beruf des Polizeibeamten geprägten Ängste die anderen persönlichen Ängste überdecken. Während die Angst vor politischer Gewalttätigkeit bei den Polizeibeamten vor dem Hintergrund der damals aktuellen Demonstrationsproblematik zu sehen ist, dürften die 17,3% der Polizeibeamten, die ständig oder häufig Angst davor haben, in unangenehme Konflikte mit Bürgern zu geraten, diese Angst auch unabhängig von Demonstrationseinsätzen haben. Demgegenüber äußerten nur 4% der befragten Bevölkerung die Angst davor, in unangenehme Konflikte mit der Polizei zu geraten. Hieraus wird man sicherlich keine prinzipiellen Berührungspunkte zwischen Polizei und Bevölkerung ableiten können, sondern eher einen Ausdruck des polizeilichen Alltagsgeschehens sehen müssen, das tatsächlich durch mannigfache Konflikte der Polizeibeamten mit den Bürgern geprägt

ist (z.B. im Zusammenhang mit allgemeinen Verkehrs- oder Alkoholkontrollen).

7. Einschätzung der Wichtigkeit staatlicher Aufgaben

Den Befragten wurde eine Liste mit staatlichen Aufgaben vorgegeben, bei denen sie jeweils beurteilen sollten, wie wichtig sie die Bewältigung dieser Aufgaben oder Probleme einschätzen. Die Antworten lassen mit Einschränkungen Aussagen darüber zu, welche Funktion dem Staat von den Befragten zugewiesen wird, und insbesondere welche Probleme zum Zeitpunkt der Befragung als besonders wesentlich von den Befragten angesehen werden.

Aufgrund der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Situation zum Zeitpunkt der Befragungen (Ende der 70er/Anfang der 80er Jahre) wurde die Inflationsbekämpfung von praktisch allen Befragten (92% bzw. 95%; Polizei bzw. Bevölkerung) als wichtigste staatliche Aufgabe angesehen. Mit gleicher Wichtigkeit belegt wurde allerdings auch die Verstärkung der Verbrechensbekämpfung, wo ebenfalls 92 - 95% mit "wichtig" oder "sehr wichtig" antworteten. Dieses Ergebnis ist vor dem Hintergrund der Entwicklung der Kriminalität zum Ende der 70er Jahre zu sehen. Die bis dahin relativ stark ansteigende polizeilich registrierte Kriminalität wurde entsprechend auch in den Massenmedien behandelt und als "Bedrohung der öffentlichen Sicherheit" dargestellt (Ostermann 1985). Insofern kann die Wichtigkeit dieser staatlichen Aufgabe für Bevölkerung und Polizeibeamte zum damaligen Zeitpunkt eigentlich nicht außer Frage gestanden haben und Aussagen darüber, ob hier eine generelle Unterscheidung zwischen der Bevölkerung und den Polizeibeamten dahingehend möglich sein könnte, daß Polizeibeamte eher "kriminalitätsfixiert" sind, lassen sich nicht treffen.

Ebenfalls von fast allen Befragten als besonders wichtig bezeichnet wurde die Verringerung der Arbeitslosigkeit (94 - 99% der Befragten) und die Forderung nach besserem Umweltschutz (88 - 97%). Auch hier zeigen sich wieder deutlich gesellschaftspolitisch bedingte Einflüsse: zum einen die steigende Arbeitslosigkeit und zum anderen das zu diesem Zeitpunkt entstehende verstärkte Umweltbewußtsein.

Eher inhaltliche Aussagen zur Frage, welche Funktion dem Staat von den Polizeibeamten bzw. von der Bevölkerung zugewiesen wird, lassen sich aus der Gewichtung der Aufgaben "Einkommensunterschiede ausgleichen", "Wirtschaft ankurbeln" und "mehr für die Bundeswehr tun" entnehmen. Aber auch hier ergibt sich für den Vergleich zwischen Polizeibeamten und Bevölkerung kein einheitliches Bild. Während bei der Forderung nach dem Ausgleich der Einkommensunterschiede, die man im weitesten Sinne als "progressive" Forderung bezeichnen könnte, die Bevölkerung mit 75% gegenüber den Polizeibeamten mit 60% vorne liegt, sieht es bei

der Frage der Ankurbelung der Wirtschaft, einer eher, wenn man so will, konservativen Forderung, umgekehrt aus: hier wollen ebenfalls mehr Bürger dies als wichtige staatliche Aufgabe sehen als Polizeibeamte dies tun (81% gegenüber 59%). Prinzipielle Unterschiede dahingehend, daß eine der befragten Gruppen beispielsweise das Wirtschaftssystem deutlich ablehnt, lassen sich damit nicht finden.

Deutlicher sind hingegen die Unterschiede bei der Nennung von Alkohol und Drogen (von 20,6% der Polizeibeamten, aber nur 5,6% der Bevölkerung genannt) und von Wohnungsproblemen (16,7% bei den Polizeibeamten, 5,6% bei der Bevölkerung) auf die Frage nach den Problemen, denen größere Aufmerksamkeit geschenkt werden sollte. Beide Problembereiche müssen vor dem Hintergrund des polizeilichen Alltags gesehen werden, wo Alkohol und Drogen ebenso wie Wohnungsprobleme bzw. die Tatsache einer minderen Wohnqualität von den Polizeibeamten im Zusammenhang mit Straffälligkeit gesehen werden.

Diese relativ deutlichen Unterschiede bei konkreten Problembereichen verschwinden, wenn man sich die übergeordneten Probleme der Verbrechensbekämpfung und der Sicherheit der Bevölkerung ansieht. Hier sind die befragten Polizeibeamten und die Bevölkerung wieder in etwa gleicher Meinung. Für etwa jeden vierten Polizeibeamten (23,2%) und etwa jeden fünften Befragten aus der Bevölkerung (20,4%) ist Kriminalität und Verbrechensbekämpfung eine wichtige staatliche Aufgabe. Bei der Sicherheit der Bevölkerung zeigt sich ebenfalls mit 12,8 bzw. mit 12,9% kein deutlicher Unterschied. Insgesamt zeigt sich für die Polizeibeamten, daß für sie die Kriminalitäts- und Verbrechensbekämpfung eine unter vielen staatlichen Aufgaben ist, der kein besonderer Vorrang zukommen soll. Sie stellen diese Aufgabe etwa auf eine Stufe mit dem Problem der Arbeitslosigkeit (von 28,1% der Polizeibeamten genannt), Kinder-, Jugend- und Erziehungsproblemen (22,7%), Alkohol und Drogen (20,6%), Umweltproblemen (19,7%) und sozialen Problemen allgemein (18,6%).

8. Ergebnis

Insgesamt zeigt unsere Untersuchung eine weitestgehende Konformität bei Einstellungen zu gesellschaftlichen, aber auch persönlichen Problemen zwischen Polizeibeamten und vergleichbaren Bevölkerungsgruppen. Offensichtlich scheint die Polizei das in der Bevölkerung vorhandene Einstellungsspektrum relativ gut abzudecken.

Unterschiede zeigen sich dort, wo Polizeibeamte über konkreteres Wissen z.B. im Bereich der Kriminalität verfügen, das dazu führt, daß die Beamten eine insgesamt moderate, realistische und weniger konservative Einstellung zu kriminalpolitischen

Fragen haben.

Problematisch sowohl für die Polizei selbst als auch für die Bürger, die auf die polizeilichen Dienste und Hilfen angewiesen sind, ist die relativ stark ausgeprägte Unzufriedenheit mit der Ausbildung und vor allem mit der Berufsausübung, obwohl die meisten Beamten hoch motiviert und bewußt den Beruf ergreifen. Das einmal mehr bestätigte Problem des mangelnden polizeilichen Selbstwertgefühls, d.h. die Feststellung, daß sich Polizeibeamte prinzipiell "schlechter" einschätzen, als es die Bevölkerung tatsächlich tut (und sich damit von der Bevölkerung "verkannt" fühlen; vgl. *Kerner* 1980), ist auch im Zusammenhang mit dieser Berufsunzufriedenheit zu sehen. Möglicherweise mangelt es der deutschen Polizei an einer modernen (nicht modernistischen) Polizeikultur, die ihren Schwerpunkt nicht in der im Ergebnis immer unbefriedigend, weil ergebnislos bleibenden Kriminalitätsbekämpfung sehen kann (so auch *Kube*, 1990 und *Hofmann* in diesem Band), sondern verstärkt das Verhältnis Bürger -Polizei im Alltagsgeschehen des Gemeinwesens thematisieren müßte. Vielleicht kann hier die Diskussion über Funktion und Rolle der Polizei im Gemeinwesen, wie sie in anderen Ländern (z.B. USA, Großbritannien, Skandinavien) längst geführt wurde, weiterhelfen; sicherlich aber nur dann, wenn sie losgelöst von der Kriminalitätsfixierung mancher Politiker und Polizeiführer stattfindet.

Literatur

Feltes, Th., Sozialarbeiter: Helfer-Elite oder gesellschaftliche Randgruppe? Eine Analyse der Einstellungen von Sozialarbeiterstudenten. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), Politische Sozialisation an Hochschulen, Bonn 1986, S. 87ff.

Feltes, Th., Hermann, D., Zufriedene Polizisten? Die Einschätzung der Berufssituation und der Ausbildung durch Polizeibeamte. In: Die Polizei 1987, S.73 ff.

Gintzel, K., Möllers, H., Das Berufsbild der Polizei zwischen Sein und Sollen - was nicht im Saarbrücker Gutachten steht. In: Die Polizei 1987, S.1 ff.

Helfer, C., Siebel, W., Das Berufsbild des Polizeivollzugsbeamten; Gutachten, 7 Bände, Saarbrücken 1975

Kerner, H.-J., Kriminalitätseinschätzung und innere Sicherheit, BKA-Forschungsreihe, Bd.11, Wiesbaden 1980

Kube, E., Polizeitheorie und Poizeikultur. Zur Notwendigkeit und Inhalten. In: Geschichtliche Rechtswissenschaft, Giessener Rechtswissenschaftliche Abhandlungen, Bd.6, hrsg. von *G.Köbler, M.Heinze, J.Schapp*, 1990

Ostermann, Ch., Öffentliche Sicherheit als objektives und subjektives Problem. Frankfurt,

Bern, New York 1985

Reiner, R., The Politics of the Police. Brighton 1985

Reuband, K.H., Arbeit und Wertewandel - Mehr Mythos oder Realität? In: KZfSS 37, 1985, S. 747ff.

Stork, H., Polizeikultur im täglichen Dienst. Der Kriminalist 2/1990, S.58ff.

Willems, H., u.a., Demonstranten und Polizisten, Motive, Erfahrungen und Eskalationsbedingungen, (DJI-Forschungsbericht), Weinheim 1988

Tabelle 1: Polizeiliche Einsätze und Aufgabe der Polizei

Frage: "Man hört in der öffentlichen Diskussion über polizeiliche Einsätze (z.B. bei Demonstrationen) öfters die Feststellung:

'Die Polizei muß sich hier mit Problemen beschäftigen, deren Bewältigung eigentlich Aufgabe der Sozial- und Gesellschaftspolitik ist.'

Was halten Sie selbst von dieser Feststellung?

Was glauben Sie, hält die Mehrheit der Bevölkerung von dieser Feststellung?"

	eigene Meinung	Meinung der Bev.
völlig richtig	52,3	18,2
im wesentlichen richtig	33,9	45,8
unentschieden	7,2	22,2
im wesentlichen falsch	4,2	8,2
völlig falsch	2,1	2,3
kann mich nicht festlegen	0,2	3,3

Tabelle 2: Selbstbild und Fremdbild von Polizeibeamten

Frage: "Jeder von uns hat bestimmte Vorstellungen von anderen Personen, die bestimmte Berufe ausüben. Sie finden hier eine Liste mit Eigenschaften, Einstellungen und Meinungen. Bitte kreuzen Sie jeweils Ihre Einschätzung von Personen an, die als Polizeibeamte tätig sind ('der typische Polizeibeamte ...')."

(Alternativ: "Wie schätzen Ihrer Meinung nach Sozialarbeiter Polizeibeamte ein?")

Mit "ja" und "eher ja" antworteten ... % der Befragten:

Statement	Selbstbild (1)	Sign. Unter- schied	Vermutetes Fremdbild (2)	Sign. Unter- schied	Tatsächl. Fremdbild (2)	Sign. Unter- schied	Selbstbild (1)
POLIZEIBEAMTE							
"Wollen anderen Menschen helfen"	82,6	+	42,1	-	40,2	+	82,6
"Haben diesen Beruf bewußt gewählt"	74,4	-	68,1	-	58,8	+	74,4
"Sind kritisch gegenüber der Gesellschaft eingestellt"	60,1	+	31,6	+	8,9	+	60,1
"Sind kritisch gegenüber der Polizei eingestellt"	33,5	+	17,2	+	6,7	+	33,5
"Sind mit ihrem Beruf zufrieden"	37,1	-	36,4	-	31,7	-	37,1
"Engagieren sich in ihrem Beruf mehr als gefordert"	41,6	+	22,2	-	17,8	+	41,6
"Haben einen bürokratischen Arbeitsstil"	49,3	+	76,4	-	74,8	+	49,3
"Sind für ihren Beruf gut ausgebildet"	46,4	+	25,7	-	15,6	+	46,4
"Sind politisch uninteressiert"	11,3	-	26,8	-	15,6	+	11,3
"Wählen eher SPD als CDU"	12,3	-	13,2	-	8,1	-	12,3
"Übertreten auch einmal eine Vorschrift wenn sie anderen Menschen helfen wollen"	22,6	-	13,6	+	20,7	-	22,6

(1) Selbsteinschätzung der Polizeibeamten

(2) Von Polizeibeamten vermutetes Bild, das Sozialarbeiter von Polizeibeamten haben

(3) Tatsächliches Bild, das Sozialarbeiter von Polizeibeamten haben

Tabelle 3: Polizei und Prioritäten bei der Verfolgung von Straftaten

Frage: "Polizei und Gerichte sind mit Arbeit überlastet. Wenn es nach Ihnen ginge, welche Delikte sollten die Polizei und die Gerichte in erster Linie verfolgen?"

(Das Delikte, das zuerst verfolgt werden soll, erhält die Nr.1, das an zweiter Stelle zu verfolgen ist, die Nr.2, u.s.w. bis zur Nr.11 für das Delikt, dem die geringste Aufmerksamkeit geschenkt werden sollte.)

Delikt	Polizei-beamte		Bevölkerung	
		Rang		Rang
Terrorismus	2,1	1	3,6	2
Vergewaltigung	3,4	2	3,3	1
Freiheitsberaubung	4,8	3	4,8	4
Umweltverschmutzg.	5,2	4	6,3	6
Einbruchdiebstahl	5,6	5	5,7	5
Körperverletzung	5,7	6	4,1	3
Steuerhinterziehg.	6,8	7	8,1	11
Verkehrsfährd.	7,1	8	6,4	7
Mietwucher	7,5	9	7,2	9
Bestechung	7,8	10	7,1	8
Sachbeschädig.	9,4	11	7,3	10

Tabelle 4: Einschätzung der Wichtigkeit von staatlichen Aufgaben

Frage: "Wir alle müssen ja Steuern zahlen, damit der Staat seine Aufgaben erledigen kann. Aber es geht nicht alles auf einmal, weil so viel Geld nicht vorhanden ist. Man kann verschiedener Meinung darüber sein, welche Aufgaben bevorzugt behandelt werden müssen.

Sie sehen hier eine Liste mit staatlichen Aufgaben. Wenn Sie dem Staat einen Rat geben sollten: Welche Aufgabe würden Sie dann als sehr wichtig, welche als wichtig, usw. bezeichnen?"

Als "wichtig" oder "sehr wichtig" bezeichneten ... % die folgenden staatlichen Aufgaben:

Aufgabe	Polizeibeamte	Bevölkerung
Inflation bekämpfen	95	95
Einkommensunterschiede ausgleichen	60	75
Chancengleichheit im Schulwesen	79	80
Arbeitslosigkeit verringern	94	95
Wirtschaft ankurbeln	59	81
Mehr Sicherheit im Straßenverkehr	70	86
Mehr für die Gesundheit tun	73	84
Verbrechensbekämpfung verstärken	95	92
Mehr für die Bundeswehr tun	41	43
Besserer Umweltschutz	91	88